

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, den 11.10.2023
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Julia Caterina May

Peter Niedhammer

Thomas Engeroff

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

### Schriftführer/in

Martina Majorosi

## **Entschuldigt fehlten:**

### Grüne-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Mathias Weickert

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Werner Janjic

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Fortschreibung Einzelhandelskonzept – Vorstellung des Entwurfs  
Vorlage: 20236829
4. Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat  
Erneuerung der Trottoirs in Rheingönheim und verstärkte Bekämpfung von Unkrautbewuchs an städtischen Einrichtungen  
Vorlage: 20237000
5. Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat  
Renaturierung des Grünstreifens am Hohen Weg zwischen Altholzweg und Vereinsgaststätte FC Arminia  
Vorlage: 20237002
6. Anfrage der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat  
Sicherheit in Rheingönheim  
Vorlage: 20236960
7. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat  
Errichtung einer Verkehrsinsel im Hohen Weg in Höhe des Altholzweges  
Vorlage: 20236999

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Dr. Weickert (Die Grünen) und Herr Dr. Janjic (CDU) entschuldigt.

Herr Engeroff (SPD) stellt den Eilantrag auf Behandlung des Tagesordnungspunktes „Schwerlasttrasse“ aus der Sitzung vom 19.07.2023. Herr Ortsvorsteher Wißmann stimmt dem zu und ergänzt, dass heute ebenfalls der Tagesordnungspunkt „Toilette an der Endhaltestelle“ aus der vergangenen Sitzung besprochen wird.

## Protokoll:

**zu 1      Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner fragt nach, ob die E-Ladestation am Rheingönheimer Bahnhof schon eingerichtet wurde?

Herr Ortsvorsteher Wißmann antwortet, dass auf Rheingönheimer Seite am Abgang zum Tunnel links gearbeitet wird. Hier soll die E-Ladestation entstehen.

## **zu 2      Bericht Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass die Arbeiten im Schulhof der Mozartschule hoffentlich dem Ende entgegengehen. Bedauerlich ist, dass die Arbeiten nicht während der Sommerferien wenigstens soweit fertiggestellt wurden, dass der Zugang zu den Containern besser möglich ist. Das belastete Material liegt immer noch im Schulhof, Es gab eine eher unschöne Korrespondenz hierzu. Es liegen noch keine Abfuhr- und Deponiegenehmigungen vor laut ausführender Firma. Herr Niedhammer (SPD) hat sich beim Bereich Grünflächen beschwert. Der Bereich hat etwas beleidigt reagiert. Der Ortsvorsteher war noch einmal vor Ort und hat den Arbeitern mitgeteilt, dass das belastete Material abgedeckt werden muss. Die Folie war durch den Wind hochgeweht worden. Die Arbeiter zeigten sich erstaunt und wussten nicht, dass eine Abdeckung notwendig ist. Leider hat sich hier nichts mehr getan.

Der Förderverein der Mozartschule möchte am 11.11.2023 auf dem Schulhof eigentlich sein Martinsfest mit den Kitas zusammen feiern. Hier werden etwa 300 Personen erwartet. Daher wäre es gut, wenn der Schulhof zu diesem Zeitpunkt frei geräumt wäre.

Dass am Schulgebäude im Park immer noch gearbeitet wird, kann Herr Ortsvorsteher Wißmann nicht nachvollziehen. Die Arbeiten im Park müssen noch erledigt werden und die Beschilderung für das Hundeverbot im Park ist auch noch nicht angebracht worden.

Auf der Bezirkssportanlage ist eine Großbaustelle entstanden. Es liegt Schotter auf dem Platz, welcher abgefahren werden müsste. Der Ortsvorsteher zweifelt, ob der Kunstrasenplatz vor dem Winter noch verlegt werden kann. Dies kann wohl erst im Frühjahr 2024 geschehen.

Laut Frau Trost von der Abteilung Stadterneuerung laufen die Vorbereitungen für das Sanierungsgebiet. Die Abteilung hat leider kein Geld für eine externe Firma, deshalb sind die eigenen Mitarbeiter seit dem 04.10.2023 unterwegs und fotografieren die in Frage kommenden Häuser. Es gab massive Beschwerden von Bürgern, deshalb liest der Ortsvorsteher für alle Ortsbeiratsmitglieder die Stellungnahme von Frau Trost vor, so können zukünftige Rückfragen besser beantwortet werden:

„Wir sind mit unseren Vorbereitungsarbeiten im Zeitplan. Zusammen mit unserer Submission bereiten wir die Vergabe (der Voruntersuchung und der Erarbeitung von ISEK und Sanierungsrahmenplan) an ein externes Büro vor.“

Bis voraussichtlich Ende November/Anfang Dezember wird nach Ausschreibung das Ergebnis über das ausgewählte Büro vorliegen. Dieses wird dann zunächst dem Ortsbeirat vorgestellt. Voraussichtlich im Februar 2024 werden BGA und Stadtrat über die Beauftragung und

die Einleitung der VU entscheiden. Der geplante Satzungsbeschluss/ISEK/VU wird bis Anfang/Mitte 2025 vorliegen.

Die Bestandsaufnahme für die Vorbereitende Untersuchung wird derzeit größtenteils durch die Stadterneuerung selbst vorgenommen. Drei Mitarbeiter\*innen der Stadterneuerung werden daher ab Oktober eine Fotodokumentation aller 1049 Gebäude im Untersuchungsgebiet erstellen und auch den Modernisierungszustand nach äußerem Zustand dokumentieren.

Kriterien für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes sind Missstände nach § 136 (2) BauGB (Baugesetzbuch). Die bisher festgestellten Mängel in Rheingönheim wurden bereits im Ortsbeirat kommuniziert. Weitere Missstände ergeben sich voraussichtlich im Laufe der VU.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat die Mitarbeiter\*innen der Stadterneuerung noch einmal gebeten mit Dienstausweisen ausgestattet durch den Ort zu laufen und auf Rückfragen der Bürger ausführlich zu antworten. Die Untersuchungen werden wahrscheinlich bald abgeschlossen sein. Die Bilder der Häuser dienen für eine Vorher-Nachher-Dokumentation. Dies war in allen anderen Sanierungsgebieten auch so.

Es hat sich herausgestellt, dass die Schließung der Gaststätte „zum Hirsch“ für Vereinstätigkeiten wie Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen usw. einen Verlust darstellt, aber auch für kleinere Veranstaltungen. Es wird schwierig, hier einen Ersatz zu finden, der auch bezahlbar ist.

Vielleicht könnte man im Rahmen des Sanierungskonzepts bei Diemer oder auch im ehemaligen Lager der Firma Bruch etwas ermöglichen, aber das ist ein langer Zeitraum und es handelt sich um private Eigentümer. Es werden Mietkosten anfallen, welche weit über den Kosten beim Heiner liegen.

Aber auch öffentliche Räume, welche erst noch geschaffen werden müssten, sind aufgrund der momentanen Haushaltslage utopisch.

Die Ortsbeiratsmitglieder, welche auf die gewünschte Terminverschiebung der Sitzung am 29.11.2023 noch nicht geantwortet haben, bittet der Ortsvorsteher den Wunschtermin noch abzugeben (15.11.2023 oder 22.11.2023). Laut den bisherigen Antworten wird es sich wohl um den 15.11.2023 handeln.

Der Ortsvorsteher lädt ein zur Kerweeroöffnung am Samstag, 14.10.2023, um 14 Uhr.

Sollten noch Fragen zum Bericht vorliegen, dann bitte jetzt stellen.  
Daraufhin meldet sich niemand.

Aus der Sitzung vom 19.07.2023 werden folgende Tagesordnungspunkte besprochen:

### **1. Sachstand Trassenführung der DB über Rheingönheimer Gemarkung:**

Herr Engeroff (SPD) liest die Stellungnahme des Bereichs Stadtentwicklung - welche am 24.07.2023 im Ortsvorsteherbüro einging und an alle Ortsbeiratsmitglieder per E-Mail versendet wurde – vor:

„Sowohl seitens des Ortsvorstehers als auch von der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat gab es Fragen zu der geplanten Trassenführung der Bahn im Rahmen der Überlegungen zur Neu- und Ausbaustrecke Mannheim – Karlsruhe. Von daher werden beide Vorgänge im Zuge dieser Stellungnahme gemeinsam behandelt.

Die Deutsche Bahn hat den Planungsprozess für den Neubau bzw. den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe mit dem Ziel eingeleitet, Engpässe zu beseitigen und Kapazitäten im Schienenverkehr (vorwiegend für den Güterverkehr) zu erhöhen.

Hierzu haben seit dem Jahr 2021 mehrere Workshops und sogenannte „Dialogforen“ mit den Trägern öffentlicher Belange stattgefunden, an denen Vertreter\*innen des Baudezernats der Stadt Ludwigshafen teilgenommen haben. Im Rahmen dessen geht es bisher vor allem um die Planungsmethodik. Zur genaueren Abgrenzung der Machbarkeit der einzelnen Trassenvarianten wird derzeit in den Dialogforen der Kriterienkatalog zur Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf Umweltbelange abgestimmt.

Nach einer Untersuchung sogenannter „Grobkorridore“ werden zum jetzigen Planungsstand konkretere Linienkorridore und technisch machbare Linienverläufe untersucht. Momentan sind seitens der Bahn noch verschiedene Linien und Linienvarianten in der Prüfung. Insgesamt stehen noch mehr als 10 Linien mit Untervarianten zur Debatte, wovon eine Linie eine Untertunnelung des Mannheimer und Ludwigshafener Stadtgebietes untersucht. Der Tunnelbereich könnte im Norden in Mannheim-Waldhof beginnen und in südlicher Richtung im Raum zwischen Limburgerhof und Rheingönheim enden.

Alle Informationen zu diesem Thema sind auf der öffentlich zugänglichen Seite der Bahn zum Projekt abrufbar <https://www.mannheim-karlsruhe.de/projekt>.

Da derzeit keine genauen Pläne, sondern lediglich unmaßstäbliche grobe Skizzen mit Darstellung von Suchräumen für den möglichen Linienverlauf vorliegen, ist eine Aussage zu konkreten Auswirkungen der Planung auf Ludwigshafener Gemarkung derzeit nicht möglich. Es gibt auch noch keine Entscheidung der Bahn, ob eine linksrheinische oder rechtsrheinische Trassenführung weiterverfolgt werden soll. Insofern kann seitens der Verwaltung auch noch keine Aussage zu den Auswirkungen der Planung auf die Stadt Ludwigshafen oder speziell auf Rheingönheim und auch nicht zum möglichen Flächenverbrauch gemacht werden.

Erst nach Festlegung auf eine bestimmte Trasse (voraussichtlich frühestens Anfang 2024) wird im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens die Stadt Ludwigshafen offiziell beteiligt werden und kann sich im Zuge einer Stellungnahme dazu äußern. Bisher hat hierzu lediglich im November 2022 eine erste Antragskonferenz mit Vorstellung der Planungsziele und der vorgesehenen Planungsmethodik stattgefunden. Für die Koordinierung der Stellungnahme im Rahmen des Raumordnungsverfahrens ist bei der Verwaltung der Bereich Stadtentwicklung zuständig. Zur Erarbeitung der Stellungnahme wird dann auch der Ortsbeirat informiert werden.

Die Planung und Genehmigung der neuen Bahnstrecke wird noch einige Zeit beanspruchen. In einem ersten Schritt wird derzeit im Rahmen von Machbarkeitsstudien und Umweltuntersuchungen eine Antragstrasse für das anschließende Raumordnungsverfahren ermittelt. Wie oben beschrieben, besteht dann für die Stadt Ludwigshafen die Möglichkeit, offiziell Stellung

zu nehmen. Im Anschluss an dieses Verfahren folgt eine detaillierte technische Planung und die parlamentarische Befassung, in welcher der Bundestag die erarbeitete Lösung zur Kenntnis nimmt. Nach einer weiteren, tiefer gehenden Planungsphase folgt dann das Planfeststellungsverfahren, das mit einem Beschluss der Bahnstrecke endet, der vergleichbar mit einer Baugenehmigung ist. Auf dieser Grundlage wird die umzusetzende Variante dann nochmals technisch detaillierter ausgeplant, um sie anschließend bauen zu können.“

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Limburgerhof ist anwesend und teilt noch die neuesten Entwicklungen mit. Die Schilderungen aus der Stellungnahme sind nicht mehr auf dem neuesten Stand. Über die Grobkonturen ist man schon hinaus.

Herr Dr. Schell (FDP), merkt an, wenn die Planung steht und dem Stadtrat vorgelegt wird, dann wird er sich als Stadtratsmitglied genau damit befassen.

Herr Engeroff sieht die Stellungnahme der Verwaltung im Vergleich zur Arbeit der Bürgerinitiative und regt an, dass die Stadt sich mehr engagieren muss. Es geht nicht nur um Limburgerhof und Rheingönheim, sondern um die Gesamtstadt.

Herr Ortsvorsteher Wißmann ergänzt, dass der Ortsbeirat ohne die Bürgerinitiative noch gar nichts erfahren hätte von diesem Vorhaben.

## **2. Toilettenanlage an der Endstelle**

Die Stellungnahme kam heute Nachmittag (11.10.2023) per E-Mail im Ortsvorsteherbüro an und wurde als Tischvorlage an die Ortsbeiratsmitglieder verteilt.

Herr Ortsvorsteher Wißmann liest die Stellungnahme des Bereichs Tiefbau vor:

„Die Verwaltung wird den Wunsch aus den Reihen des OBR zur Realisierung einer öffentlichen Toilettenanlage prüfen. Hierbei wollen wir auch die Fördermöglichkeiten, z. B. im Rahmen eines Stadterneuerungsprojektes oder aus dem Investitionsstock des Landes ausloten.

Die vorgeschlagenen Standorte liegen zum jetzigen Stand nicht in unserem vorläufigen Stadterneuerungsgebiet. Da sich diese in unmittelbarer Nähe befinden, könnte eine Förderung trotzdem infrage kommen. Das wäre mit dem Fördermittelgeber abzuklären oder wir müssten die Abgrenzung des Gebietes ändern. Eine Umsetzung innerhalb des Stadterneuerungsgebietes könnte schwierig werden, da kaum freie Flächen zur Verfügung stehen. Außerdem sollte die Toilettenanlage nicht zu weit von der Endhaltestelle entfernt sein. Dies müsste im Zuge der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) ermittelt werden.

Das größte Problem stellt wahrscheinlich der zeitliche Horizont dar. Wir befinden uns momentan in der Ausschreibungsphase zur Beauftragung eines Planungsbüros. Die VU sowie die Erstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) und einer Rahmenplanung werden das Jahr 2024 in Anspruch nehmen. Dementsprechend kann nach Legitimation durch die Gremien frühestens Anfang 2025 ein Sanierungsgebiet förmlich festgelegt werden und erst dann besteht die Möglichkeit förderfähige Maßnahmen umzusetzen.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann und die Ortsbeiratsmitglieder geben die Stellungnahme zurück: Es kann nicht im Sinne von Rheingönheim sein, die Toilettenanlage vom Sanierungskonzept abhängig zu machen. Die Toilette muss an der Endstelle errichtet werden, egal wie.

Herr Zell (CDU) schlägt vor, einen externen Dienstleister zur Aufstellung der Toilette anzufordern.

Herr Niedhammer (SPD) weist daraufhin, dass es früher eine öffentliche Toilette gab an der Endstelle. Die Leitungen müssten noch vorhanden sein.

Der Ortsvorsteher hat in einem Telefonat erfahren, dass die Firma Wall noch nicht kontaktiert wurde seitens der Stadtverwaltung.

Zur nächsten Ortsbeiratssitzung, voraussichtlich am 15.11.2023, wird der Bereich Tiefbau kommen, dann soll das Thema noch einmal besprochen werden.

### **zu 3 Fortschreibung Einzelhandelskonzept – Vorstellung des Entwurfs**

Vom Bereich Stadtentwicklung sind Herr Dr. Spangenberg-Kerle und Herr Appel anwesend sowie Herr Schuder vom Büro Stadt und Handel.

Herr Dr. Spangenberg-Kerle erläutert zunächst, dass es seit dem Jahr 2012 ein bestehendes Einzelhandelskonzept gibt. Seit dieser Zeit ist sehr viel passiert und deshalb ist eine Fortschreibung notwendig geworden. Es gibt Veränderungen im Handel und gesetzliche Änderungen. Des Weiteren soll das Konzept sich auch im Flächennutzungsplan wiederfinden. Wie bereits vor 10 Jahren wird auch heute der Entwurf den Ortsbeiräten vorgestellt. Diese Leistung wurde extern vergeben an das Büro Stadt und Handel. Herr Schuder ist der zuständige Projektleiter vom Standort in Karlsruhe und wird das Konzept vorstellen.

Herr Schuder geht in seiner Präsentation als erstes auf die Rolle des Einzelhandelskonzepts ein:

1. Grundlage für die aktive Gestaltung des Strukturwandels im Einzelhandel
2. Basis für die einzelhandelsbezogene Bauleitplanung
3. Grundlage für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans
4. Auftrag gemäß Landesentwicklungsprogramm IV
5. Sicherung und Weiterentwicklung bestehender/gewünschter Einkaufslagen
6. Planungssicherheit für Kommune und Investoren
7. Sicherung und Weiterentwicklung der wohnortnahen Versorgung
8. Basis für eine aktive (und nicht reaktive) Handels- und Standortentwicklung

Das Konzept muss als städtebauliches Entwicklungskonzept im Stadtrat beschlossen werden.

Folgende Zahlen wurden für die Stadt Ludwigshafen bzw. den Stadtteil Rheingönheim ermittelt:



:

Der Einzelhandelsbestand in Ludwigshafen wurde analysiert. Er setzt sich zusammen aus 811 Einzelhandelsbetrieben mit einer Gesamtverkaufsfläche von 260.800 m<sup>2</sup>. Die Verkaufsflächenausstattung beträgt somit 1,48 m<sup>2</sup> je Einwohner.

Bezogen auf den Stadtteil Rheingönheim wurden folgende Zahlen errechnet: 38 Einzelhandelsbetriebe auf 9.300 m<sup>2</sup> Gesamtverkaufsfläche. Das ergibt eine Verkaufsflächenausstattung von 1,13 m<sup>2</sup> je Einwohner.

Weiterhin wurden Warengruppen analysiert und eingeteilt in

- kurzfristige Bedarfsbereiche (z. B. Nahrungs- und Genussmittel, Drogerie),
- mittelfristige Bedarfsbereiche (Bekleidung, Schuhe, Gartenbedarf etc.) und
- langfristige Bedarfsbereiche (Möbel, Elektrogeräte usw.).

Die Zentralität wurde daraus abgeleitet. Eine Zentralität über 100 bedeutet, dass Kaufkraft zufließt, bei einer Zentralität unter 100 fließt Kaufkraft ab.

Gesamtstädtisch für Ludwigshafen kann man sagen, dass hier eher Kaufkraft abfließt.

In Rheingönheim liegt die Zentralität gesamt bei 89 %. Im kurzfristigen Bedarfsbereich erreicht Rheingönheim bei Nahrungs- und Genussmitteln 128 %, die Zentralität bei Drogerien liegt mit 238 % sehr hoch, d. h. von anderen Stadtteilen fließt Kaufkraft ein.

In der Nahversorgungsanalyse wurde die räumliche Nahversorgungssituation ausgewertet. Hier ergab sich für Rheingönheim eine Gehzeit von 8 – 10 Minuten. Die fußläufige Nahversorgung ist somit relativ gut

Eine räumliche Nahversorgungslücke ist nicht auszumachen.

Es gibt in Rheingönheim 4.500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche für Nahrungs- und Genussmittel und für Drogeriewaren 1.400 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche.

Zum Vergleich: Die Verkaufsflächenausstattung in m<sup>2</sup> je Einwohner liegt für gesamt Ludwigshafen bei 0,39 im Bereich Nahversorger, in Rheingönheim bei 0,54.

Die zwei Drogeriemärkte tragen deutlich bei zu guten Zahlen. So liegt die Verkaufsflächenausstattung im Bereich Drogeriewaren für gesamt Ludwigshafen bei 0,07 und für Rheingönheim bei 0,18.

In der städtebaulichen Analyse für das Stadtteilzentrum Rheingönheim ergeben sich 2.700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, welche eingebettet in den Stadtteil sind und eine gute verkehrliche Erreichbarkeit haben.

Der Einzelhandelsbesatz in der Hauptstraße ist eher gering, hier sollten im Rahmen der Städtebauförderung Ladenlokale wiederbelebt werden.

Der Bereich des Sportgeländes TV Rheingönheim kann als Entwicklungsbereich aufgenommen werden zur Ansiedlung von Einzelhandel.

Der Ergänzungsstandort Sandloch soll vorgehalten werden z. B. für Möbelgeschäfte. Die Betriebe welche schon da sind, haben Bestandsschutz, dürfen sich aber nicht wesentlich weiterentwickeln.

Es gibt zwei Bestandsstandorte für die Nahversorgung:

- Rhengönheim Aldi Süd (In der Mörschgewanne)
- Rhengönheim Rewe Center (Ergänzungsstandort Am Sandloch)

Nach dem Vortrag werden noch folgende Fragen gestellt.

Herr Dr. Schell (FDP) möchte wissen, wo wird der Aldi platziert, wenn er aus der Mörschgewanne auszieht?

Herr Schuder weist auf die Vorgaben aus dem Landesentwicklungsprogramm IV hin. Eine Unterbringung wäre z. B. auf der Fläche des Sportvereins möglich. Es müssten noch Prüfungen stattfinden bezüglich anderer Flächen. Vor dem Hintergrund der Siedlungsstrukturen fällt es schwer Standorte zu finden.

Herr Engeroff (SPD) stellt fest, dass eine fußläufige Einkaufsentfernung fehlen wird für den nördlichen Bereich (Kornackerstraße etc.) Rheingönheims, wenn Aldi weggeht. Bezieht sich der Bestandsschutz auf das Gelände oder den Aldi-Markt? Könnte ein anderer Supermarkt hier ansiedeln?

Herr Appel sagt, dass der Bestandsschutz nicht für Aldi gilt, sondern für das Gelände.

Herr Zell (CDU) fragt nach den 38 Einzelhandelsbetrieben. Was zählt hierzu?

Herr Schuder erklärt, dass der Begriff durch die Rechtsprechung klar definiert ist. Es handelt sich um ein Geschäft, bei dem die Ware an den Endverbraucher abgesetzt wird, z. B. Bäcker, Metzger, Lebensmittelgeschäft, Tankstellenshop, Bekleidungsgeschäft. Gastronomiebetriebe, Dienstleistungen etc. zählen nicht dazu.

Zum Abschluss ergeht aus dem Ortsbeirat der Wunsch, dass in der Mörschgewanne ein Lebensmittelgeschäft in gleicher Art angesiedelt wird, falls Aldi auszieht. Dieses Gebiet sollte nicht vernachlässigt werden.

#### **zu 4       Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat Erneuerung der Trottoirs in Rheingönheim und verstärkte Bekämpfung von Unkrautbewuchs an städtischen Einrichtungen**

Folgender Antrag liegt vor:

Wir, die Fraktionsgemeinschaft von CDU und B'90/die Grünen, stellen fest, dass zahlreiche Gehwege und Trottoirs in Rheingönheim nach jahrzehntelanger Vernachlässigung erhebliche Schäden und Abnutzungserscheinungen aufweisen. Dies stellt nicht nur ein ästhetisches Problem dar, sondern birgt auch Gefahren für Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Personen mit Mobilitätseinschränkungen.

Zudem ist uns aufgefallen, dass städtische Einrichtungen, wie beispielsweise der Spielplatz in der Gänsweidestraße, von starkem Unkrautbewuchs betroffen sind. Dies beeinträchtigt die Nutzung dieser Einrichtungen und vermittelt den Eindruck einer Vernachlässigung öffentlichen Raums.

Daher beantragen wir:

1. Eine umfassende Bestandsaufnahme und Bewertung des Zustands aller Trottoirs in Rheingönheim.
- 2 Die Ausarbeitung eines Maßnahmenplanes zur zügigen Sanierung und Erneuerung der besonders betroffenen Gehwege.
3. Die Bereitstellung eines angemessenen Budgets zur Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen.
4. Die Entwicklung und Implementierung eines regelmäßigen Wartungs- und Pflegekonzepts für städtische Einrichtungen in Rheingönheim, um insbesondere dem Unkrautwuchs entgegenzuwirken.
5. Die gezielte Bekämpfung von Unkraut an städtischen Einrichtungen, wie beispielsweise am Spielplatz in der Gänsweidestraße, und die Etablierung von regelmäßigen Pflegeintervallen.

Wir sind überzeugt davon, dass diese Maßnahmen nicht nur zur Aufwertung des Stadtbildes in Rheingönheim beitragen, sondern auch zur Sicherheit und zum Wohlbefinden seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist unsere Verantwortung, den öffentlichen Raum attraktiv und sicher zu gestalten.

Es liegt keine Stellungnahme vor. In der nächsten Ortsbeiratssitzung - voraussichtlich am 15.11.2023 - soll der Tagesordnungspunkt mit dem Bereich Tiefbau besprochen werden.

**zu 5       Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat  
Renaturierung des Grünstreifens am Hohen Weg zwischen Altholzweg und  
Vereinsgaststätte FC Arminia**

Der folgende Antrag der Fraktionsgemeinschaft von CDU und B'90/die Grünen liegt vor:

Im Zuge unserer stetigen Bemühungen, den städtischen Raum sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für die heimische Flora und Fauna attraktiver und lebenswerter zu gestalten, möchten wir auf den Grünstreifen am Hohen Weg zwischen dem Altholzweg und der Vereinsgaststätte FC Arminia aufmerksam machen.

Der betreffende Grünstreifen, welcher in der Vergangenheit verschiedenen Nutzungen unterlag, bietet ein enormes Potenzial für eine Renaturierung. Dies würde nicht nur das Straßenbild verschönern, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Biodiversität in unserer Stadt leisten.

Deshalb beantragen wir:

1. Die Durchführung einer detaillierten Bestandsaufnahme des aktuellen Zustands des Grünstreifens, inklusive einer Auflistung von Flora und Fauna sowie der Bodenbeschaffenheit.
2. Die Entwicklung eines Konzepts zur Renaturierung dieses Grünstreifens. Dieses sollte den Einsatz einheimischer Pflanzen priorisieren und Möglichkeiten zur Schaffung kleiner Biotopflächen, wie z. B. Wildblumenwiesen oder Insektenhotels, berücksichtigen.
3. Die Bereitstellung eines Budgets für die Umsetzung des Renaturierungskonzepts, einschließlich regelmäßiger Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen.
4. Die Einbindung und Information der Anwohnerinnen und Anwohner sowie weiterer relevanter Akteure, z. B. des FC Arminia, in den Prozess der Renaturierung und der anschließenden Pflege des Grünstreifens.

Wir sind überzeugt davon, dass eine erfolgreiche Renaturierung des Grünstreifens nicht nur die ästhetische Qualität des Hohen Wegs erhöhen würde, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur städtischen Biodiversität leisten und somit das Leben in unserer Stadt für alle bereichern würde.

Es liegt keine Stellungnahme vor.

Herr Zell (CDU) merkt an, dass er mit Frau Bindert telefoniert hat und ihr auch Fotos geschickt hat. Es geht hier um den Schutz der Grünfläche. Bei Großveranstaltungen wie z. B. Fußballspielen muss ein Verkehrs- und Parkkonzept erstellt werden. Umsetzbare Vorschläge seinerseits gab es schon, z. B. den Hohen Weg stundenweise zur Einbahnstraße zu erklären und auf einer Seite Parkplätze einzurichten. Er ist überrascht, dass keine Stellungnahme vorliegt, diese war zugesagt.

Herr Ortsvorsteher Wißmann sieht nicht nur das Problem der parkenden Autos bei Fußballspielen, sondern auch die schweren Baustellenfahrzeuge, welche ins Sommerfeld fahren.

Die Fraktionsgemeinschaft CDU und B`90/die Grünen wird für die nächste Ortsbeiratssitzung einen zusätzlichen Antrag stellen bezüglich Parkkonzept bei Arminia. Hierzu müssen alle beteiligten Bereiche an einen Tisch.

## **zu 6      Anfrage der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat Sicherheit in Rheingönheim**

Frau May (SPD) stellt den Antrag vor:

Die sozialliberale Fraktion im Ortsbeirat Rheingönheim bittet um Beantwortung der folgenden Anfrage und um diesbezügliche Weiterleitung an die rnv zur Stellungnahme.

In den vergangenen Monaten ist es in der Gemarkung Rheingönheim zu verschiedenen Straftaten im Bereich der Straßenbahnlinie und Haltestellen gekommen.

Auch wenn die Straftaten – Eingriff in den Schienenverkehr durch Gegenstände auf den Gleisen und Körperverletzungsdelikte – unterschiedliche Erscheinungsformen haben, so sorgt dies dennoch für Unbehagen der Bürger in Bezug auf die Haltestellenbereiche und insgesamt den ÖPNV.

Im Sinne einer gelingenden Verkehrswende dürfen Haltestellen nicht zu Angsträumen werden. Wir bitten daher um Stellungnahme sowohl der Verwaltung als auch der rnv, wie das Sicherheitskonzept bezüglich der Haltestellenbereiche – insbesondere für den Stadtteil Rheingönheim – aussieht.

Wir bitten daher insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie sehen aktuell die Möglichkeiten an den Haltestellen der rnv aus, um schnell Hilfe herbeizurufen (Notrufknöpfe etc.)?
- In welchem Rhythmus bestreift der Kommunale Vollzugsdienst und ggf. andere Bereiche der Stadtverwaltung die Endstelle Rheingönheim?
- Besteht ein Austausch zwischen Stadt und rnv (und ggf. der Polizei) bezüglich der Verbesserung sowohl des subjektiven Sicherheitsgefühls als auch der objektiven Sicherheitslage im Bereich der Haltestellen? Welche Erkenntnisse liegen diesbezüglich bereits vor?

Wir bitten zunächst um schriftliche Beantwortung und regen bereits jetzt einen persönlichen Austausch zwischen rnv, Stadtverwaltung und dem Ortsbeirat zu diesem Thema an.

Es liegen Stellungnahmen von der Polizei und vom rnv vor:

#### Polizeidirektion Ludwigshafen:

„Wir bedanken uns für Ihre Anfrage vom 26.09.2023. Wie dieser zu entnehmen ist, richten sich die aufgeworfenen Fragestellungen insbesondere an die rnv sowie an die Stadtverwaltung Ludwigshafen.

Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 steht unter dem Vorbehalt des Ministeriums des Innern und für Sport und wurde für dieses Jahr noch nicht veröffentlicht. Insoweit können wir Ihnen vom polizeilichen Blickpunkt aus momentan lediglich Tendenzen, basierend auf Daten des Vorgangsbearbeitungssystems, liefern. Hierzu sei angemerkt, dass Vorfälle an Haltestellen nicht explizit filterbar sind. Diese sind im ganzen Stadtgebiet verteilt und werden nicht gesondert ausgewiesen. Aus zurückliegenden Erfahrungen kann Ihnen jedoch mitgeteilt werden, dass es sich hierbei überwiegend um Sachbeschädigungen an Glasscheiben sowie an Fahrkartenautomaten handelt. Diese bewegen sich gemäß nicht abschließbarer Recherche unter den genannten Bedingungen für das Dienstgebiet der Polizeiinspektion Ludwigshafen 1 im bisherigen Jahr 2023 in einem einstelligen Bereich.

Eine Recherche für die Endhaltestelle Ludwigshafen-Rheingönheim, sprich Hoher Weg, ergab für den Zeitraum 01.01.2023 bis 30.09.2023 eine niedrige einstellige Zahl von überwiegend Eigentumsdelikten. Diese Örtlichkeit findet im Rahmen unserer allgemeinen Streifenförmigkeit Berücksichtigung.

Darüber hinaus kann Ihnen im Hinblick auf Ihre Anfrage mitgeteilt werden, dass ein regelmäßiger Austausch mit unterschiedlichen Stellen der Stadtverwaltung besteht. Zudem finden mehrmals jährlich gemeinsame Kontrollen mit der rnv und der Polizei statt. Insbesondere im

„Arbeitskreis SOS“, in welchem Vertreter der Stadtverwaltung und unter anderem auch die Polizei anwesend sind, ist das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum standardmäßig auf der Tagesordnung. Das subjektive Sicherheitsgefühl im Bereich von Haltestellen war dort bislang noch kein thematischer Schwerpunkt.“

Anregung aus dem Ortsbeirat: Das Thema muss beobachtet werden, es gibt nicht nur am Berliner Platz ein Problem, sondern auch in Rheingönheim.

#### RNV:

*- Wie sehen aktuell die Möglichkeiten an den Haltestellen der rnv aus, um schnell Hilfe herbeizurufen (Notrufknöpfe etc.)?*

Jede stadteinwärts führende Stadtbahnhaltestelle in Rheingönheim verfügt über einen Fahrscheinautomaten, der mit einem Notrufknopf mit Aufschaltung (Direktverbindung) an die Polizei ausgestattet ist.

*- In welchem Rhythmus bestreift der Kommunale Vollzugsdienst und ggf. andere Bereiche der Stadtverwaltung die Endstelle Rheingönheim?*

In welchem Rhythmus der KVD/andere Bereiche der Stadtverwaltung die Endstelle Rheingönheim bestreifen, ist der rnv nicht bekannt. Die Endstelle Rheingönheim wird vom Service- und Sicherheitsteam der rnv im Rahmen des Tagesgeschäfts regelmäßig (ca. 10x/Monat) bestreift. Die Kontrollzeitpunkte werden in täglichen Serviceberichten festgehalten.

*- Besteht ein Austausch zwischen Stadt und rnv (und ggf. der Polizei) bezüglich der Verbesserung sowohl des subjektiven Sicherheitsgefühls als auch der objektiven Sicherheitslage im Bereich der Haltestellen? Welche Erkenntnisse liegen diesbezüglich bereits vor?*

1. Die Zusammenarbeit von unserem Service- und Sicherheitsteam mit dem KVD und der Polizei erstreckt sich in Ludwigshafen aktuell auf den Berliner Platz als Problemhaltestelle mit den meisten Vorfällen (seit Juli 2023). Hierzu wurde zwischen Herrn Knöchel (Stadt LU, Bereich Öffentliche Ordnung, Abteilungsleiter Gewerbe und Ordnung), Herrn Seifert (Polizei, PI LU 1) und Herrn Tahir (rnv, Abteilung PB3) in einer Kooperationsarbeit Regelungen zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung am Berliner Platz getroffen.

2. Weitere Zusammenarbeit mit der Polizei in LU: Bestreifungen, Haltestellen LU Rathaus und LU Hbf., Schwerpunktkontrollen/Fahrscheinprüfungen in gemischten Teams rnv/Polizei

Unter der Zusammenarbeit sind folgende Aufgaben zu verstehen:

- verstärkte Präsenz, enger Bestreifungsturnus aller Beteiligten
- kurze Reaktionszeiten durch kurze Kommunikationswege/Erreichbarkeiten
- Regelmäßige Dokumentation der Lage vor Ort und Maßnahmen

Weitere Erkenntnisse zum Sicherheits-Lagebild ergeben sich u. a. aus den von unserer der Betriebszentrale zentral erfassten Vorfällen, den eingehenden Fahrgastmeldungen, den Erfahrungsberichten der Personale aus dem Fahrdienst und aus der Fahrausweisprüfung.

An folgenden Haltestellen in der gesamten Stadt Ludwigshafen sind in unserer Datenhaltung seit Anfang 2022 (exakter erfasster Zeitraum 01.01.2022 bis 26.09.2023) zwei oder mehr Vorfälle (Übergriffe, Vandalismus, gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr, Schlägerei, Be-trunkene, Randalen) verzeichnet:

Somit ist an den Haltestellen in Rheingönheim im genannten Zeitraum folgende Anzahl von Vorfällen vermerkt:

Rheingönheim (Endstelle): 9

Friedensstraße: 4

Rheingönheim Bahnhof: 3

Weitergehende Erkenntnisse zum Sicherheits-Lagebild an der Haltestelle Rheingönheim (Endstelle):

Die Analyse nach Vorfall-Tag und –Zeit ergab keine saisonalen Schwerpunkte. Die Vorfälle ereigneten sich häufiger an Donnerstagen und Wochenenden im Zeitfenster 18 – 4 Uhr.

Aus den Erkenntnissen resultiert aus unserer Sicht:

Das Sicherheitskonzept und die Sicherheitsstrategie entwickeln sich dynamisch, d. h. neben unseren regelmäßigen geplanten Kontrollbezirken und Service- und Sicherheitsaufträgen, die sich vorwiegend auf die abendlichen/nächtlichen Stunden und möglichst auf das ganze Bedienungsgebiet erstrecken, wird neben planbaren Aufträgen (=präventive Maßnahmen, bekannte Problemhaltstellen- und Linien (siehe Haltestellen oben in der Abbildung), Veranstaltungen) auch auf adhoc-Bedarfe kurzfristig reagiert (z. B. reaktiv bei gefährlichem Eingriff in den Bahnverkehr (Schotter auf Gleisen). Weitere Maßnahmen zur Steigerung des subjektiven und objektiven Sicherheitsempfindens werden aktuell rnv-intern in zwei strategischen Arbeitsgruppen erarbeitet.“

Es liegt noch eine Auswertung vor über Vorfälle an Haltestellen in Ludwigshafen, welche jedes Ortsbeiratsmitglied per Mail erhalten hat.

Frau May bedankt sich für die sehr ausführlichen Antworten. Leider ist vom KVD nichts da-bei. Hier sollte zu gegebener Zeit nochmal nachgehakt werden, wie die Konzepte sich entwi-ckeln.

Herr Engeroff (SPD) weist auf die neun Vorfälle an der Endstelle hin. Am Berliner Platz gab es 33 Vorfälle, am Hans-Warsch-Platz 11 und somit steht die Endstelle Rheingönheim schon an dritter Stelle der Auswertung. Dies deutet auf einen Schwerpunkt hin. Das Thema Kameraüberwachung sollte noch einmal überdacht werden.

Einige Ortsbeiratsmitglieder haben schon selbst negative Erfahrungen an der Endstelle ge-sammelt bzw. verdächtige Personen beobachtet. Und nicht nur hier müsste kontrolliert wer-den, sondern auch auf der verwilderten Fläche hinter der TG-Halle.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, das Thema aber weiterhin verfolgt. Ein gemeinsamer Termin mit allen beteiligten Bereichen soll angestrebt werden.

**zu 7           Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat  
Errichtung einer Verkehrsinsel im Hohen Weg in Höhe des Altholzweges**

Der folgende Antrag der Fraktionsgemeinschaft von CDU und B'90/die Grünen liegt vor:

Im Rahmen der Bemühungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Verbesserung der Fußgängerinfrastruktur im Stadtgebiet wurde in der Vergangenheit die Errichtung einer Verkehrsinsel zur Verkehrsberuhigung und Straßenüberquerung im Hohen Weg, insbesondere in Höhe des Altholzweges, diskutiert. Diese Maßnahme wurde als besonders relevant erachtet, um den Straßenverkehr zu verlangsamen und eine sichere Querung für Fußgänger zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang möchten wir um Auskunft zum aktuellen Sachstand dieses Vorhabens bitten:

1. In welchem Planungsstadium befindet sich derzeit die vorgesehene Errichtung der Verkehrsinsel?
2. Gibt es bereits einen Zeitrahmen oder ein geplantes Datum für den Beginn und die Fertigstellung der Baumaßnahmen?
3. Wurden mögliche Alternativen zur Verkehrsinsel, beispielsweise Zebrastreifen oder Fußgängerampeln, geprüft und in Erwägung gezogen?
4. Gab es Rückmeldungen oder Anregungen von Anwohnern oder anderen relevanten Akteuren bezüglich dieses Vorhabens? Wenn ja, welche?

Da diese Maßnahme von großem Interesse für die Anwohner und Nutzer des Hohen Weges ist und zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr beiträgt, wären wir für eine zeitnahe Auskunft dankbar.

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass die Verschwenkungen bereits von Herrn Schmidt, Abteilung Verkehrsplanung, zugesagt wurden und dies nur eine Nachfrage ist. Er liest die Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung vor:

Zu 1. Die Planung liegt dem Bereich Tiefbau zur Umsetzung vor.

Zu 2. Die Umsetzung ist in 2024 vorgesehen.

Zu 3. Die Einrichtung eines Fußgängerüberweges oder der Bau einer Lichtsignalanlage (LSA) wurden nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, da – nach den uns vorliegenden Zahlen bzw. Erkenntnissen – hierfür die nötigen Voraussetzungen fehlen.



Zu 4. Nein, es gab keine Rückmeldungen von Anwohnern.

Intern gab es bzgl. der provisorischen Elemente im weiteren Verlauf des Hohen Wegs (südlich des Altholzweges) alternative Überlegungen. Diese werden nochmals abgestimmt. Es ist vorgesehen, die Maßnahmen südlich des Altholzweges ebenfalls in 2024 umzusetzen.

Für Fragen steht Ihnen der zuständige Bereichsleiter Herr Magin gerne zur Verfügung.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 20:25 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 30.10.2023

---

Martina Majorosi  
Schriftführer/in

---

Wilhelm Wißmann  
Vorsitzende/r